
FDP Bad Vilbel

FWD: PRESSEMELDUNG DER FDP BAD VILBEL ZUR WIRKUNG DES GEPLANTEN GEBÄUDE- ENERGIE-GESETZ

21.02.2017

>>> >>> >>> Schwarz-Rote Bundesregierung fällt Bad Vilbeler SPD in den Rücken >>>
Umweltministerin treibt die Baukosten weiter in die Höhe >>> >>> „Es ist ein
nachvollziehbares Anliegen der Bad Vilbeler SPD, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.“
zeigt der FDP-Vorsitzende Thomas Reimann Verständnis für die Vorstöße der örtlichen
Sozialdemokraten und fügt gleich an: „Aber bevor wir darüber nachdenken, das
Steuergeld der heimischen Bürger in Subventionen zu stecken oder städtischen Grund
und Boden zu verramschen, sollte die SPD erstmal ihre eigene Bundesumweltministerin
einfangen.“ Anlass der Forderung des Freien Demokraten ist der Plan von SPD -
Umweltministerin Hendricks, ein weiteres Gebäude-Energie-Gesetz in den Bundestag
einzubringen. Damit werde weiter an der Kostenschraube für Bauherren gedreht. „Seit
2000 sind die Baukosten bereits um fast 50 Prozent gestiegen, jetzt kommen nochmal 10
Prozent dazu.“ verdeutlicht Thomas Reimann, dass die Bundes - Regierung mit ihren
immer weiter ausufernden Regelungen das Bauen nicht mehr bezahlbar werden lässt.
>>> >>> Für die FDP sei es unverständlich, warum mit dem neuen Gesetz die Mieten
nochmal um rund einem Euro pro Quadratmeter steigen sollen, während die
Einsparungen bei den Energiekosten sich im Cent-Bereich bewegen werden. „Die
ständige Verschärfung von Energiesparvorgaben bremst den Bau bezahlbarer
Wohnungen regelrecht aus.“ konstatiert Thomas Reimann. Daher dürfe sich auch keiner
wundern, warum in Bad Vilbel bezahlbarer Wohnraum fehlt. Sein Urteil ist deswegen
eindeutig: „Der größte Teil der Baupreis- und Mietpreissteigerung ist von der Politik
verursacht.“ Das gilt sowohl für zunehmende Lärm- und Umweltschutzaufgaben wie auch
für die Befriedung von Interessengruppen. Und die positiven Effekte der verordneten
Maßnahmen für die Umwelt sind in der Wissenschaft stark umstritten. Daher müsse der

SPD-Ministerin in Berlin erst einmal Einhalt geboten werden, sie verbaue mit ihren Vorhaben jede Aussicht auf erfolgreiche Wohnraum-Projekte, nicht nur in Bad Vilbel. >>> >>> Für die Vilbeler FDP sind aber auch CDU und Grüne nicht frei von Verantwortung für steigende Baukosten. „Sowohl in Berlin als auch in Wiesbaden haben beide Parteien mit ihrer Mitwirkung an den Gesetzen dazu beigetragen, dass die Baukosten steigen.“ erinnert Thomas Reimann an das Handeln beider Parteien. So hat die Schwarz-Grüne Landesregierung in Hessen die Grunderwerbsteuer auf 6,5% erhöht. "Auch das war kein Beitrag zu bezahlbarem Wohnraum, gerade für die Familien mit mittleren Einkommen, die keinen Anspruch auf subventionierte Sozialwohnungen haben." >>> >>> Thomas Reimann ist der Auffassung, dass in Bad Vilbel ein hoher Bedarf an Wohnraum für Singles und Familien bestehe, der kaum zu bedienen sei. Hier will die FDP in der Stadt Impulse für mehr Wohnungsbau setzen. „Es hilft uns aber nicht, wenn SPD, CDU und Grüne im Bund und im Land die Kostenschraube immer mehr anziehen.“ so Thomas Reimann, der abschließend fordert: „Wir müssen schnell und preisbewusst bauen können. Dazu müssen wir weiteren gesetzgeberischen Unsinn in Berlin und Wiesbaden verhindern!“ Nur dann sehe er für die Vorhaben der Bad Vilbeler Politik, mit der Immobiliengesellschaft oder dem sogenannten Münchener Modell Wohnraum zu schaffen, Erfolgchancen. >>> >>>